

**Christine Schneider, MdL**  
**Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11**  
**63. Plenarsitzung, Donnerstag, 23. August 2018**

**„Biodiversität“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.08.2018

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

## **I. Einleitung**

Sehr geehrte Frau Ministerin Höfken, „Umwelt – und Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen erhalten“ – die letzten Worte Ihrer Rede. Das wünschen wir uns sicher alle gemeinsam: Das Kinder und Enkelkinder in einer intakten Umwelt aufwachsen können.

Der Einstieg in Ihre Regierungserklärung, Frau Ministerin Höfken, hat mir weniger gefallen. Sie zitieren die sog. „Krefelder Studie“ und die FAZ: „Wir befinden uns mitten in einem Alptraum“. Wenn Sie eine Entwicklung als Alptraum identifizieren, dann sollten Sie endlich aufwachen und die Probleme anpacken!

Sie stehen seit vielen Jahren in der Regierungsverantwortung. Heute haben wir von Ihnen jedoch im großen Umfang Situationsbeschreibungen gehört, doch nur im geringen Umfang Lösungsansätze. Wie wollen Sie diese Lösungsansätze auch liefern, wenn Sie sich weiterhin auf nicht wissenschaftlich fundierte Untersuchungen berufen.

Die „Krefelder Studie“ ist vom RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung zur „Unstatistik des Monats“ gekürt worden. Sie weist große methodische Schwächen auf. An keinem einzigen Standort fand eine durchgehende Auswertung statt.

Anrede, es geht nicht darum, das Insektensterben und seine gravierenden Folgen in Frage zu stellen – doch mit Symbolpolitik, dem pauschalen Schüren von Ängsten, werden die zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigt. Frau Ministerin Höfken, Sie schaffen es, eine Zukunftsvision vorzutragen – lassen aber eine tatsächlich zukunftsgerichtete Politik vermissen!

## **II. Biodiversität als ganzheitlicher Ansatz**

In ihrer Regierungserklärung tragen Sie die Dringlichkeit des Erhalts von Biodiversität vor. Zu Recht. Ja, wir müssen uns dieser Dringlichkeit sehr bewusst sein. Der Begriff der „Biodiversität“ berührt alle Politikbereiche. Besonders betroffen sind die Land- und Forstwirtschaft, aber auch Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungspolitik.

Wenn wir die Biodiversität schützen und erhalten wollen, müssen wir alle Politikbereiche in den Fokus rücken und nicht isoliert nur die einzelnen Politikfelder betrachten. Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept. Dabei muss uns bewusst sein, dass Biodiversität sich im Laufe der Zeit wandelt. Sie ist nicht statisch, sondern dynamisch und wird von vielen Faktoren beeinflusst.

Frau Ministerpräsidentin, ich habe Ihre Aussagen zur Biodiversität in Ihrer Regierungserklärung vom 1. Juni 2016 noch sehr gut in Erinnerung. Sie sagten, ich zitiere: „Wir stehen an der Seite der Landwirtschaft. Sie trägt entscheidend zur Biodiversität bei. Sie kann sich darauf verlassen, dass wir uns auf Bundes- und EU-Ebene für ihre Interessen einsetzen werden. Sie kann sich auch darauf verlassen: Die Landesregierung wird eine Landwirtschaftspolitik aus einem Guss machen“.

Leider sieht der Blick in die Realität und Praxis oft weniger stimmig aus. Sie nehmen für sich in Anspruch, Ihre Umwelt- und Naturschutzpolitik immer stärker auf die Betrachtung der Zusammenhänge der Artenvielfalt und von Ökosysteme auszurichten statt sektorale Ansätze zu verfolgen. Nationalpark, Flächenstilllegungen, Wolfserwartungsland sprechen jedoch eine ganz andere Sprache!

Anrede, Ankündigungen ziehen sich quasi wie ein roter Faden durch die Regierungserklärung. Ganz am Anfang wird das hehre Leitziel ausgerufen: „Die Landesregierung will den Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2025 stoppen.“ Die Antwort, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen, bleiben Sie jedoch schuldig. Betrachten wir die einzelnen Handlungsfelder, die Sie angesprochen haben.

## **II.1. Handlungsfeld Klimaschutz**

In Ihrer Biodiversität-Strategie geben Sie als Oberziel aus, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um **40 Prozent** gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Sie verschweigen jedoch, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor seit 1990 um **17 Prozent** zugenommen haben. Ursache hierfür ist ein kräftig steigender Endenergieverbrauch während die Zahl von Kraftfahrzeugen wächst. In Rheinland-Pfalz kommen auf **1.000 Haushalte 1.237 PKW** und damit 14 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt (1.089 Pkw). Die Ursachen hierfür sind hinlänglich bekannt und wurden auch schon hier im Plenum diskutiert.

Sie dürften unter anderem auf die hohe Zahl von Pendlern in Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein. **Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Einstellungspolitik in Rheinland-Pfalz!** Alleine 2017 pendelten rund 83.000 Menschen mehr jeden Tag aus Rheinland-Pfalz und wieder zurück, als noch fünf Jahre zuvor.

Als weiteren Punkt für die Erfüllung Ihrer Klimaschutzziele nennen Sie die **Energieeinsparung**. Sie loben vor allem die Arbeit Ihrer Energieagentur, von Klimaschutzmanagern und Energieberatern. 200 Klimaschutzkonzepte können die Kommunen nutzen. Wäre da nicht ein Problem: Oft können unsere Kommunen gar nicht die finanziellen Mittel aufbringen können, um ihre öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Dorfgemeinschaftshäuser energetisch auf Vordermann zu bringen.

Anrede, was also bringt eine teure Energieagentur, was bringen Klimakonzepte, wenn den Kommunen in den meisten Fällen das Geld für die dringend notwendigen Sanierungen fehlt?

## **II.2. Handlungsfeld Wälder**

Der seit 1984 jährlich erhobene Waldzustandsbericht beurteilt den Kronenzustand der Bäume und ist ein wichtiger Indikator für die Gesundheit der Wälder. Auch letztes Jahr waren 73 % aller Bäume in Rheinland-Pfalz durch Luftschadstoffe und durch die Klimaveränderung geschädigt. In Folge der sehr heißen und trockenen Witterungen in den letzten drei Monaten mit extremen Niederschlagsdefiziten wird in diesem Jahr noch ein Anstieg dieser Waldschäden erwartet. Hauptbetroffene Baumarten sind Eiche und Buche.

Was ist die Ursache? Es ist zu kurz gesprungen, alles der Klimaveränderung in die Schuhe zu schieben. Über Jahrzehnte haben saure Niederschläge, vor allem Schwefeldioxyde und Stickoxide, zur Schwächung des Waldökosystems beigetragen und damit zu einer Verarmung der biologischen Vielfalt geführt.

So stellt die Landesregierung in dem Waldzustandsbericht von 2017 zutreffend fest, ich zitiere: „Auf vielen rheinland-pfälzischen Waldstandorten reichen die waldbaulichen Maßnahmen und Beschränkungen in der Nutzungsintensität zur Stabilisierung des Nährstoffgehaltes und zur Verhinderung der fortschreitenden Bodenversauerung nicht aus. Zur Vermeidung einer weiteren Verschlechterung des Bodenzustandes sind Bodenschutzmaßnahmen zwingend erforderlich.“

Anrede, dem ist nichts hinzuzufügen! Ja, richtig, unbedingt! Doch was ist geschehen? Wie sieht die Praxis aus? Die Mittel für Bodenschutzkalkung wurden kontinuierlich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurückgefahren! Besonders drastisch fielen die Kürzungen unter der rot-grünen Landesregierung in der letzten Legislaturperiode aus. Ist das etwa zukunftsgerichtet? Zu wenig Bodenkalkung führt zusätzlich dazu, dass Wälder destabilisiert werden, ihre Vitalität verlieren und anfälliger gegen extreme Witterungseinflüsse werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, den die CDU-Fraktion immer wieder im Rahmen der Haushaltsberatungen eingefordert hat.

Anrede, wir erleben dieses Jahr, bedingt durch die Trockenheit, große Schäden bei den im Frühling durchgeführten Anpflanzungen. Viele Bundesländer unterstützen hier wirksam kommunale und private Waldbesitzer zusammen mit Fördermitteln des Bundes. Und im walddreichen Rheinland-Pfalz? Fehlanzeige! Dabei wäre dies ein wirksamer Ansatz zur Unterstützung der privaten und kommunalen Waldbesitzer, zur Stabilisierung der Wälder und damit zur Förderung der Biodiversität!

Allein die Stilllegung von Wäldern und eine Zertifizierung, die jede Borkenkäferbekämpfung erschwert, führt nicht automatisch zu mehr Biodiversität im rheinland-pfälzischen Wald! Diese Fehlentwicklung geht auch zu Lasten des wichtigen Clusters Forst und Holz - mit mehr als 50.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von knapp 10 Milliarden Euro.

### **II.3. Handlungsfeld Gewässerschutz**

Frau Ministerin Höfken, ich stimme ihnen in dem Punkt zu, dass mit der Begradigung und Kanalisierung unserer Flüsse ein Verlust an Biodiversität einherging. Dennoch wissen wir auch, dass dies an manchen Stellen unabdingbar war.

Wir begrüßen als CDU-Fraktion ausdrücklich die Renaturierung von Gewässern, damit das Naturelement Wasser gestärkt wird. Dies steigert nicht nur unsere Lebensqualität, sondern wir schaffen und bewahren Lebensräume für ganz unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten. Doch auch hier hapert es bei der praktischen Umsetzung: Beispiel: Die Aktion „Blau plus“. Hier werden bürokratische Hindernisse aufgebaut, werden Zuschüsse de facto gekürzt. Ich darf Ihnen mal einen Einblick in die komplizierte Praxis geben: Zunächst wurden 90 % Zuschuss für Grunderwerb von Flächen an Fließgewässern gewährt. Seit ca. 2 Jahren werden nur noch Flächen bezuschusst, die bis 15 m entfernt vom Gewässer liegen. Die Restfläche wird nicht mehr gefördert.

Nun sind aber die meisten Grundstücke kleinteilig und liegen oft mit der Stirnseite am Bach, also im 90-Grad-Winkel. Heißt: Der absolut überwiegende Teil eines Grunderwerbes ist nicht mehr förderfähig.

Anrede, hier läuft vieles ins Leere und bedarf der dringenden Korrektur. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen weiteren Punkt ansprechen, der uns am Herzen liegt. Wir alle haben noch die Starkregenereignisse der letzten Monate und der vergangenen Jahre in Erinnerung. Immer wieder kommt es zu Problemen, weil die Durchlässigkeit der Grabensysteme nicht gewährleistet ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle betonen: Naturschutz darf diese notwendige Durchlässigkeit nicht behindern!

Wir wissen, dass die Grabenpflege Aufgabe der Zweckverbände ist. Aber wir wissen auch, dass - bevor Maßnahmen vorgenommen werden können - ein Gutachten angefertigt werden muss. Und nicht selten kommt es vor, dass wenn das Gutachten dann bezahlt ist, leider kein Geld mehr für die Grabenpflege da ist. Hier müssen wir dringend praktikable Wege finden, jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

#### **II.4. Handlungsfeld Schutzgebiete und Biotopverbund**

Frau Ministerin Höfken, Sie haben sich eben ja sicher ganz schön verrenken müssen, als Sie den Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz als Erfolgsmeldung verkauft haben. Tatsächlich sind Sie doch weit hinter ihre eigenen Flächensparziele zurückgefallen!

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen aus dem Jahr **2011**: „Innenentwicklung vor Außenentwicklung ist vordringlichstes Ziel, damit die Flächeninanspruchnahme kurzfristig auf niedrigstem Niveau von **unter einem Hektar pro Tag** stabilisiert werden kann. Diese Grundsatzaussagen dürfen nicht von Großprojekten unterlaufen werden.“ Das „**Weniger als 1 Hektar-Ziel**“ findet sich auch in der Biodiversitätsstrategie der Landesregierung (Kapitel 6.1) formuliert.

Sehr geehrte Frau Höfken, sehr geehrte Ministerpräsidenten Dreyer, seit mittlerweile sieben Jahren bekräftigen rheinland-pfälzische Landesregierungen den Flächenverbrauch auf weniger als einen Hektar zu senken. Und was ist seither wirklich passiert? Rechnen wir doch mal großzügig nach! Ein Hektar pro Tag über sieben Jahre: Macht 365 x 7-mal 1: Also rund 2600 Hektar – mehr

hätte, laut Maßgabe von 2011, bis heute nicht verbraucht werden dürfen. Und die tatsächlichen Zahlen – jenseits der Ankündigungsrhetorik der Landesregierung? Laut Statistischem Landesamt ist allein die landwirtschaftliche Nutzfläche seit 2011 um fast 8000 (7.941) Hektar zurückgegangen! Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist dagegen um 51.300 Hektar gestiegen!

Anrede, dieser Flächenverlust spricht eine komplett andere Sprache als ihre wohlklingend formulierten Ziele und Vereinbarungen! Wir fordern Sie auf: Reden Sie nicht nur über die Flächenreduzierung, sondern lassen Sie ihren Worten auch Taten folgen! Deshalb erneuere ich unsere Forderung, dass Innenentwicklung und Baulückenschließung Vorrang haben, vor dem Bauen „auf der grünen Wiese“. Außerdem sollten gezielte Maßnahmen unternommen werden, damit Flächen recycelt und entsiegelt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist der Einsatz von Ausgleichszahlungen als Kompensationsmaßnahme. Wir hatten diesen Vorschlag bereits bei den Beratungen zum Landesnaturschutzgesetz gemacht. In unseren Augen ist es viel effektiver und sinnvoller, wenn die Gelder den Kommunen direkt und zweckgebunden für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Unsere kommunalen Verantwortlichen mit ihren Naturschutzberatern wissen am besten, welche Maßnahmen sinnvoll und zielführend sind!

Ich möchte dies am Beispiel der Weinbergsmauern in Steillagen verdeutlichen: Wenn unsere Kommunen entlang der Weinbergsteillagen die Mittel der Kompensationszahlungen zur Verfügung hätten, wäre es endlich möglich die notwendige Sanierung der Weinbergsmauern zu bewerkstelligen. Wir alle wissen, wie wichtig das für den Erhalt der Steillagen, aber auch für Biodiversität und Artenvielfalt ist. Unsere Weinbergsmauern sind nämlich im wahrsten Sinne der Wortes Kleinode für verschieden Tier- und Pflanzenarten.

Deshalb fordern wir Sie auf:

- Stellen Sie den Kommunen mehr Gelder für praktische und zielgerichtete Maßnahmen zur Verfügung!
- Überdenken Sie ihre bisherige Praxis, denn wir müssen alles daransetzen, dass der vom Naturschutz und der Landwirtschaft zu Recht beklagte Verlust von wertvollen Flächen gestoppt wird!

Frau Ministerin Höfken, Sie müssen auch die tatsächliche Effizienz von Maßnahmen mehr evaluieren und prüfen. Etwa, ob Flächen, auf denen größere Naturschutzmaßnahmen mit einem entsprechenden Mitteleinsatz angelegt werden, tatsächlich mehr Biodiversität nach sich ziehen. Diese Überlegung hat mir ein Experte mit auf den Weg gegeben – als ich vergangene Woche den Nationalpark Saar Hunsrück besuchte.

Er hegt große Zweifel, dass das Roden großer Waldflächen aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit zu rechtfertigen ist. Dazu muss man wissen, die Moor-Renaturierung im Nationalpark wird aus wissenschaftlicher Sicht äußerst kritisch beurteilt. Darum sollte man solche Projekte mit unverstelltem Blick auch entsprechend auf ihren Mehrwert und Nutzen prüfen.

## **II.5. Handlungsfeld Land- und Agrarnutzung**

Schauen wir uns noch weitere „Oberziele“ an: In Kapitel 2.7. der Biodiversitätsstrategie und in der Regierungserklärung nennen Sie „die Stärkung regionaler Erzeugung und Vermarktung, um den Bauern stabile Wertschöpfung ermöglichen.“ Ich habe mich gefragt, wie diese Sätze wohl bei unseren Gemüsebauern in der Pfalz ankommen.

Rheinland-Pfalz ist der Gemüsegarten Deutschlands, der gerade unter dramatisch niedrigen Preisen leidet. Wo stärkt die Landesregierung etwa den Kartoffelanbauern den Rücken, wenn der Handel lieber Frühkartoffeln aus dem Ausland handelt anstatt regionale rheinland-pfälzische Ware zu vermarkten? Wie helfen Sie unseren Landwirten? Wie ermöglichen Sie den Bauern „stabile Wertschöpfung“? Wo ist das Budget für die Vermarktung rheinland-pfälzischer Produkte? Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung dem Lebensmittelhandel an seine Verantwortung gegenüber einer nachhaltigen, regionalen Produktion zu erinnern?

Anrede, Absichtserklärungen auf Papier helfen nicht weiter!

## **II.6. Digitalisierung**

Ich war sehr verwundert, dass Sie in ihrer heutigen Regierungserklärung im Bereich der Land- und Agrarnutzung kein Wort über das Thema Digitalisierung verloren haben. Warum? Digitalisierung ist doch ein entscheidender Schritt für eine gelingende Biodiversitätsstrategie.



Anrede, die Landwirtschaft war Vorreiter bei der Nutzung von GPS-Daten. Durch GPS-Steuerung wird der Fahrweg des Traktors oder Erntefahrzeug optimiert und somit auch Treibstoff eingespart. Pflanzen können zielgerichtet besser und effizienter versorgt werden, Digitalisierung ermöglicht punktgenaue, umwelt- und ressourcenschonende Einsätze.

Grundvoraussetzung für die Digitalisierung der Landwirtschaft ist aber eine gute Daten-Infrastruktur. Wenn wir in unseren Dörfern, auf unseren Feldern nicht die entsprechenden Datenmengen empfangen und senden können, brauchen wir über die neuen Wege und Chancen der Digitalisierung gar nicht erst zu sprechen!

Deshalb fordern wir sie auf: Schaffen Sie die Voraussetzung dafür, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe von den Chancen um den Nutzen der Digitalisierung profitieren können. Erst gestern hat mir ein Landwirt am Rande des Parlamentarischen abends zugerufen: „Die reden von Landwirtschaft 4.0 – und ich habe auf meinem Traktor im Feld noch nicht mal Handyempfang.“

Herr Minister Wissing – bis Sie Rheinland-Pfalz zum Silicon Valley Deutschlands gemacht haben - müssen sie noch kräftig zulegen!

## **II.7. Forschung stärken**

Abschließend lassen Sie mich noch einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen. Frau Ministerin Höfken, Sie haben eine 19 Seiten umfassende Regierungserklärung abgegeben und es geschafft, kein einziges Mal die Wörter **Forschung oder Beratung** zu erwähnen. Wir haben unter Ihren vielen Zielen eine Vorgabe vermisst: Sie hätte heißen können: „**Forschung stärken**“. Mehr Geld für Forschung, wie wir Biodiversität in unseren Wäldern, Fluren, Gewässern noch besser fördern können. Forschung - die uns mehr verlässliche Informationen bringt, die dann Grundlage für wirksame Maßnahmen sein können. Maßnahmen, die wirklich dem Erhalt der Artenvielfalt dienen. **Leider war Ihnen dieser wichtige Baustein nicht einmal eine Zeile wert.**

Für effektiven Naturschutz brauchen wir wissenschaftliche Forschung, Ursachenanalyse und Beratung. Hier müssen Sie vorausschauender handeln: Ein Beispiel – die Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft in Trippstadt. Hier gehen in 5 Jahren viele, erfahrende Wissenschaftler in den Ruhestand. Sie müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass wissenschaftliches Know-How nicht verloren geht.

### III. Fazit

Was bleibt also festzuhalten? Moderne Landwirtschaft und Biodiversität gehen Hand in Hand, altes „Schwarz-Weiß-Denken“ hat ausgedient.

- Wir wollen eine zukunftsgerichtete Politik, die den sachlichen Dialog sucht.
- Wir wollen den Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Eigenverantwortung zugestehen

Ich möchte Ihnen dabei beispielhaft das Projekt “Südpfalzbiotop“ ans Herz legen. Hier engagieren sich lokal Ehrenamtliche, umweltbewusste Menschen, für Ihre Region. Dabei wird ein einzigartiges Biotop entstehen. Auch die umliegenden Landwirte werden in das Projekt einbezogen. Dies zeigt, wie wichtig die lokale Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen, von Landwirten und der Politik ist. Die Südpfalz macht es vor! Naturschutz funktioniert nur Hand in Hand mit der Bevölkerung und den Flächennutzern.

Anrede, ökologisches Bewusstsein, der Schutz von Natur und Klima, geht uns alle an – Die Deutsche Bahn, Gewerbetreibende, SUW-Fahrer, Vielflieger genauso wie Garteneigentümer. Wenn immer mehr Gärten Beton- oder Steinwüsten ähneln, muss man sich nicht wundern, wenn Insekten immer weniger Nahrung und Unterschlupf finden.

Sehr geehrte Frau Ministerin Höfken, Biodiversitäts-Romantik und Ankündigungspolitik ist das Eine. Biodiversität praktisch mit geeigneten Maßnahmen begleiten – das Andere. Politik darf sich nicht auf ein Bauchgefühl oder eine ideologisch verklärte Weltsicht verlassen. Auch das macht verantwortliches Handeln aus.

Anrede, Verantwortung tragen wir alle. Verantwortung für uns selbst und für die kommenden Generationen.